

Bildungsfinanzierung neu gestalten

Stiftung Marktwirtschaft, Berlin, 20. Mai 2014

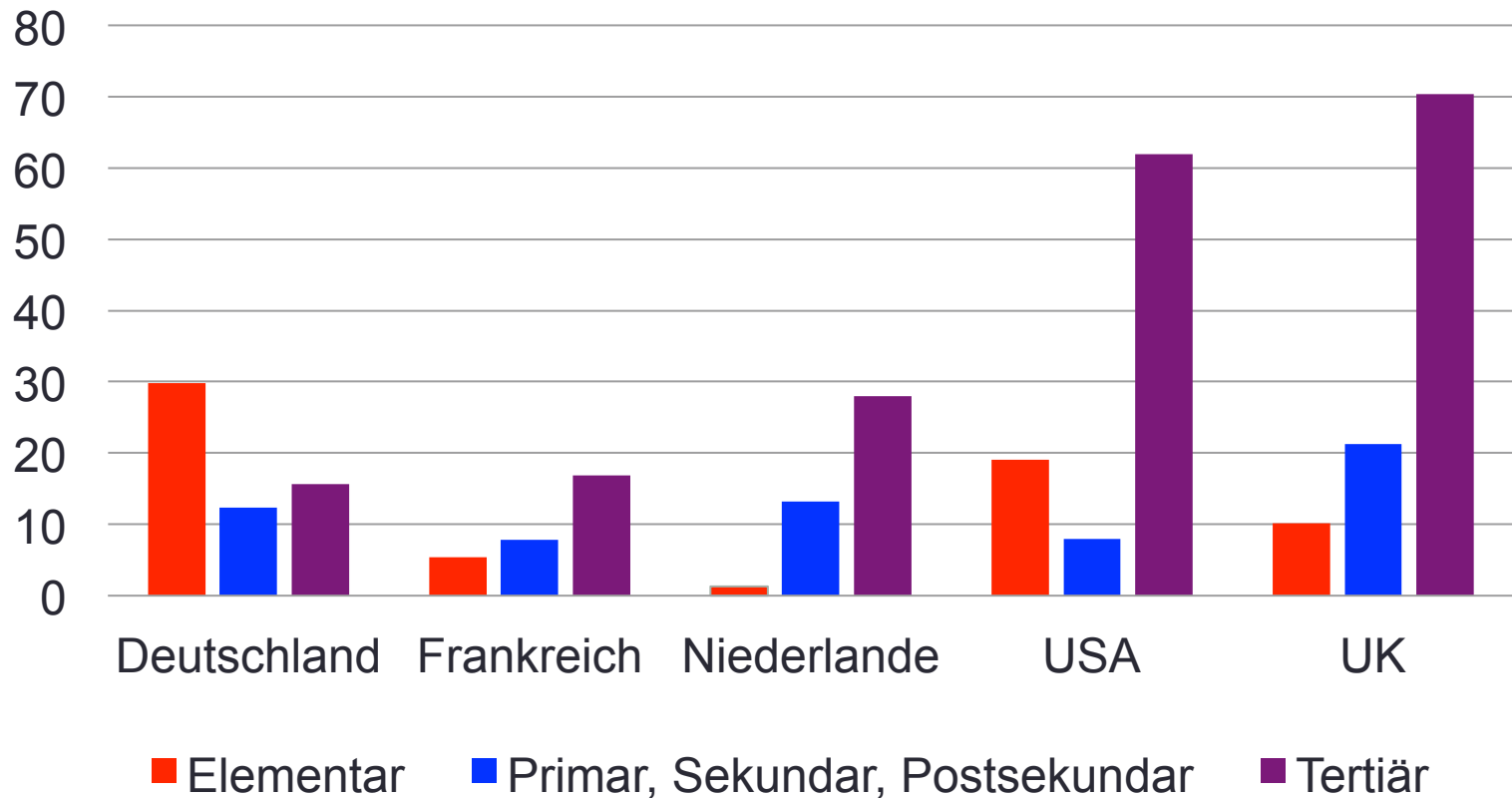
Prof. Dr. Berthold U. Wigger

Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Kronberger Kreis

Internationaler Vergleich

Private Finanzierungsanteile im Jahr 2009 in %

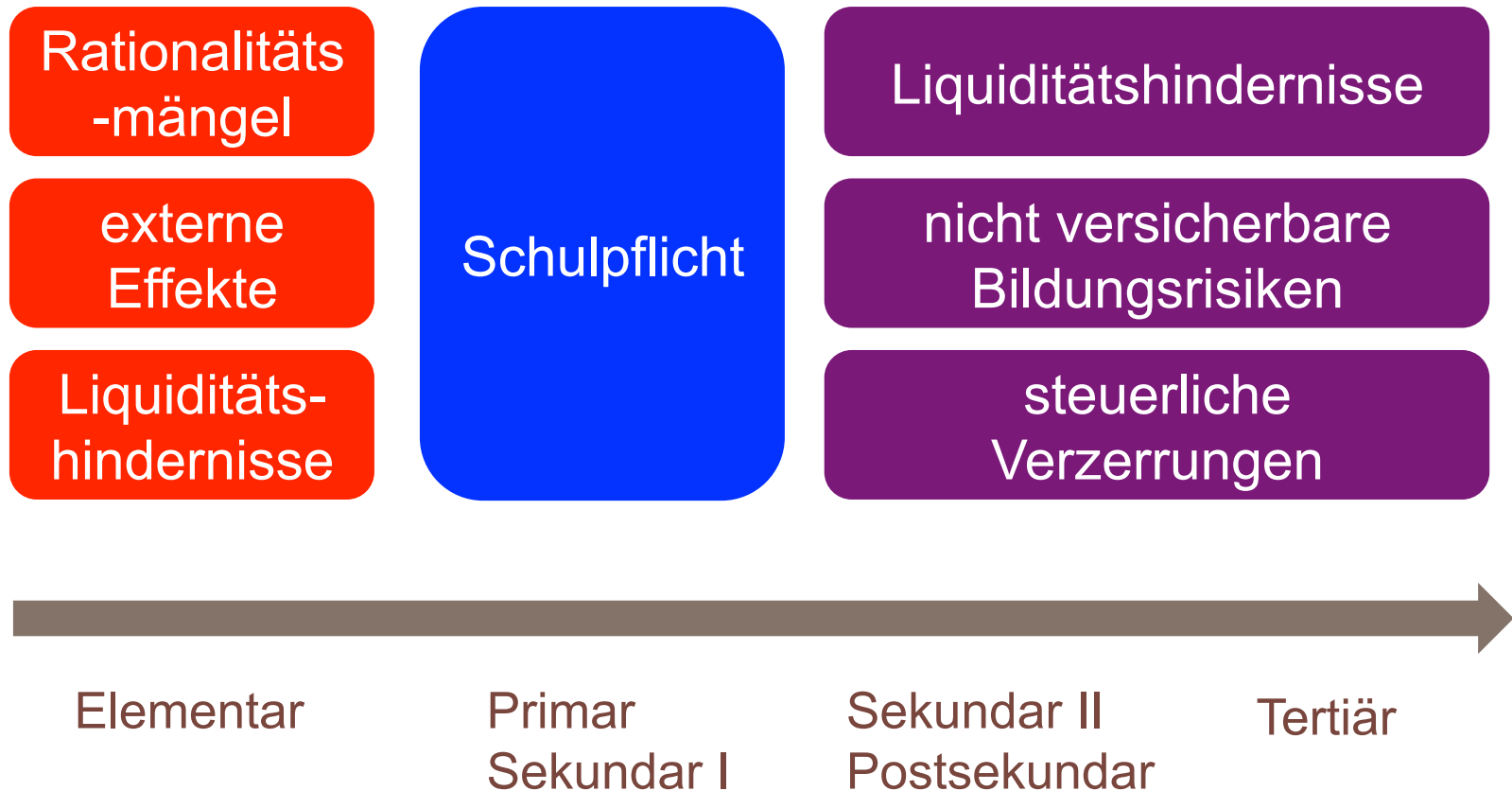


Quelle: OECD (2012)

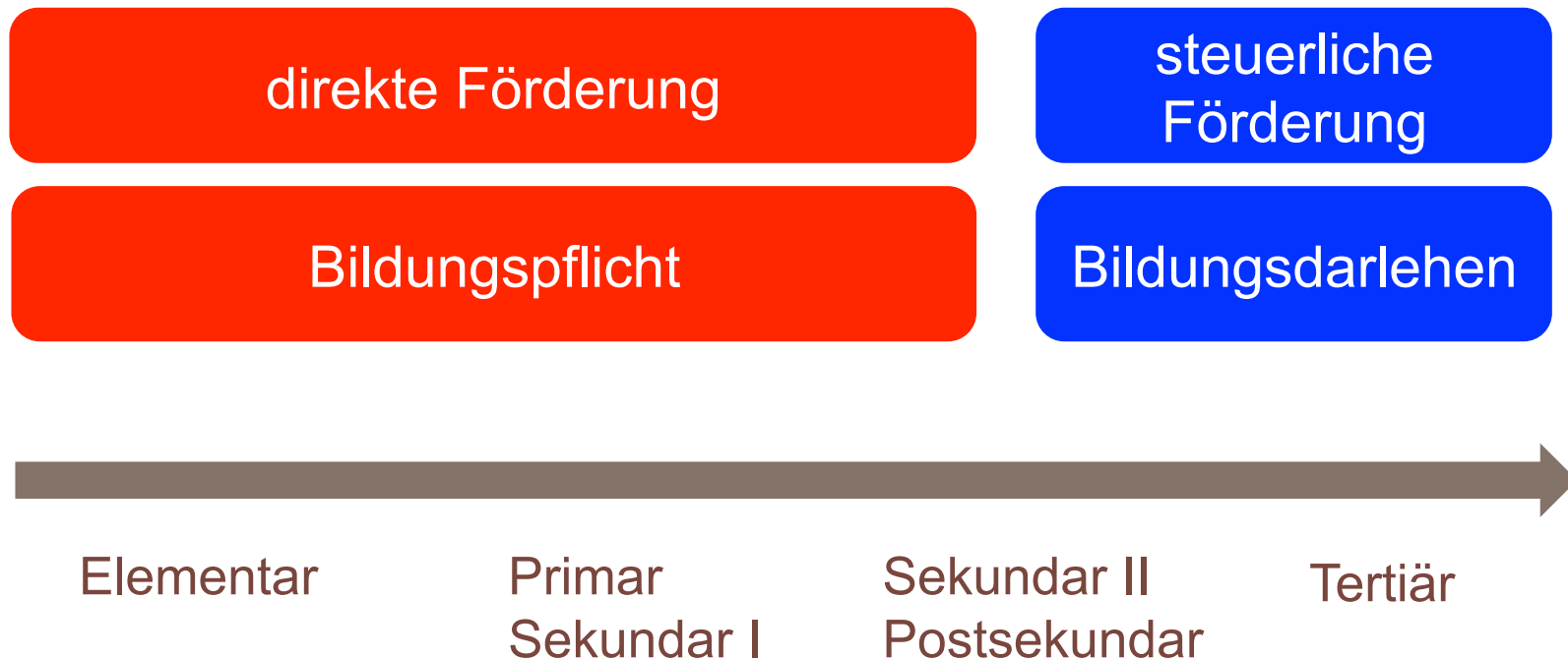
Sind private Bildungsentscheidungen optimal?

- Rationalitätsmängel
- externe Effekte
- Liquiditätshindernisse
- nicht versicherbare Bildungsrisiken
- steuerliche Verzerrungen

Im Bildungslebenszyklus



Instrumente der Bildungspolitik: direkte versus indirekte öffentliche Förderung



Instrumente der Bildungspolitik: Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen

- Öffentliche Finanzierung sollte nicht zu systematischen Verzerrungen zwischen öffentlichen und privaten Bildungsangeboten führen.
- Öffentliche Finanzierung sollte unabhängig davon gewährleistet werden, ob Bildungsteilnehmer eine öffentliche oder private Einrichtung besuchen.
- Dadurch entsteht Wettbewerb zwischen Bildungsanbietern, wovon öffentliche und private Bildungsangebote profitieren.

Instrumente der Bildungspolitik: Föderale Verteilung der öffentlichen Bildungsfinanzierung

- Öffentlicher Teil der Bildungskosten sollte von jener Gebietskörperschaft übernommen werden, in der auch die nicht bereits privat angeeigneten Erträge der Bildung anfallen.
- Direkte Beteiligung des Bundes an den Kosten der vorschulischen und schulischen Bildung.
- Indirekte Beteiligung des Bundes an den Kosten der tertiären Bildung, indem Bildungskosten als Werbungskosten anerkannt werden.

Praxis der Bildungsfinanzierung

- Keine allgemeine unentgeltliche Bereitstellung von Bildungsangeboten für Kinder zwischen drei und sechs Jahren.
- Steuerliche Freibeträge für die vorschulische und die schulische Bildung.
- Starke direkte Förderung der tertiären Bildung.
- Systematische Ungleichbehandlung von öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen (zB erhalten private Schulen pro Schüler im Mittel rund 70% der Förderung pro Schüler an öffentlichen Schulen).

Fazit

- In Deutschland beteiligt sich der Staat in zu großem Umfang an der Finanzierung der Hochschulbildung und in zu geringem Umfang an der Finanzierung der vorschulischen Bildung.
- Der Staat fördert die Bildung über den gesamten Bildungslebenszyklus eher unsystematisch mit indirekten steuerlichen Förderinstrumenten, die insbesondere in frühen Bildungsphasen nur Mitnahmeeffekte auslösen.
- Der Staat verzerrt dort, wo er sich an der Finanzierung der Bildung beteiligt, den Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Bildungsanbietern.

Empfehlungen

- Für einkommensschwächere Familien grundsätzlich keine Gebühren für Kindergärten erheben.
- Öffentliche Finanzierung der Schulbildung umstellen auf Förderung je Schüler.
- Auf die bisherige indirekte steuerliche Förderung von Bildungsinvestitionen in den vorschulischen und schulischen Bildungsphasen verzichten.
- Studiengebühren (wieder-)einführen. Kosten des Studiums als Werbungskosten anerkennen.
- Öffentliche Zuschüsse zu den Kosten der beruflichen Weiterbildung mit Ausnahme der Förderung zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen abschaffen und durch öffentliche Kredite zur Finanzierung der beruflichen Weiterbildung ersetzen.